

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Christiane Schneider, Norbert Hackbusch,  
Kersten Artus, Elisabeth Baum, Dr. Joachim Bischoff, Wolfgang Joithe-von  
Krosigk, Mehmet Yildiz (Fraktion DIE LINKE)**

**Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010  
Einzelplan 3.2**

**Titel 971.25 in Kapitel 3660**

**Titel 112.01 in Kapitel 3690**

**Titel 671.02 in Kapitel 3690**

**Betr.: Aussetzung der Studiengebühren  
Schirme für alle – vor allem die sozial Schwachen**

Nachdem die Finanzblase an den internationalen Märkten geplatzt ist, befinden sich Banken und sogenannten Finanzdienstleister im wirtschaftlichen Abwärtsstrudel, der auch die weltweite Realwirtschaft nach unten zieht. Diejenigen, die bisher immer jeglichen Einfluss des Staates ablehnten, riefen die Regierungen um Hilfe für unvorstellbar hohe Summen an.

Es wurden Konjunkturprogramme aufgelegt, die schwerpunktmäßig auf das Baugewerbe und das Handwerk ausgerichtet sind. Eine Branche, die unabhängig von der Wirtschaftskrise hausgemachte Absatzprobleme verursacht hatte, wurde sogar mit der staatlichen Abwrackprämie in Höhe von 1,5 Milliarden Euro gestützt. In die Hochschulen soll investiert werden. Das ist lange verschleppt worden. Ungeklärt ist, ob und wann die Gebäude saniert und erweitert werden, die für die Forschung und Lehre an der Universität Hamburg von prägender Bedeutung sind.

Fest steht, die Wirtschaftskrise wird viele Menschen treffen, insbesondere die, die jetzt schon Schwierigkeiten haben, über den Monat zu kommen. Ein sozialer Rettungsschirm, der die wirtschaftlich Schwachen schützt, ist nicht vorgesehen.

Dieser hätte allerdings direkte Wirkung auf die Konjunktur und würde die Auswirkungen der Krise für die betroffenen Personen und Familien spürbar mildern.

Die sozial schwächste Gruppe in der Universität sind die Studierenden. Durch die nachgelagerten Studiengebühren sind für viele die sozialen Bedingungen noch härter geworden. So sind über 12.000 nicht einmal stundungsberechtigt; das sind immerhin über ein Fünftel aller Studierenden der Hamburger Universität.

### **Die Bürgerschaft möge beschließen:**

die Erhebung der Studiengebühren an allen Hamburger Hochschulen – mit der damit verbundenen Möglichkeit, eine Stundung zu beantragen – für das Haushaltsjahr 2009/2010 auszusetzen;

Der Titel 971.25 im Kapitel 3660 im Einzelplan 3.2 wird geändert in „Finanzvolumen für die Hochschulen“ und um den Betrag von 22,14 Millionen Euro in 2009 und 2010 aufgestockt. Der Titel 112.01 im Kapitel 3690 „Abführung von Bußgeldern und von

Einnahmen aus Vollstreckungskosten durch das Studierendenwerk Hamburg“ in Höhe von jährlich 14.000 Euro entfällt. Ebenso entfallen die Ausgaben des gleichen Kapitels unter Titel 671.02 „Erstattungen an die Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt im Zusammenhang mit Studiengebühren“ in Höhe von 2,811 Millionen Euro in 2009 und 5,06 Millionen Euro in 2010.

Die Deckung erfolgt durch die Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen im „Strukturprogramm für Hamburg“, vorgelegt von der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.